

Rosa Luxemburgs Auftritte im Ruhrgebiet und ihre Teilnahme an der Wahlrechtsdemonstration der SPD vom 10. April 1910 in Kamen¹

Zu Rosa Luxemburgs Auftritten im Ruhrgebiet von 1900 bzw. 1905 bis 1912

Nachdem Rosa Luxemburg im Mai 1898 von Zürich nach Berlin übersiedelt war, um in Deutschland und in der deutschen Sozialdemokratie tätig zu werden, sprach sie im Büro des Parteivorstands der SPD vor und versuchte Ignaz Auer, den Sekretär des Parteivorstands, für ihre Absicht einzunehmen, als Agitatorin unter den polnischstämmigen Arbeitern im Ruhrgebiet („Westfalen“²) tätig zu werden, wobei sie gern „in Dortmund auftreten“³ wollte, wie sie Leo Jogiches im Anschluss an das Gespräch schrieb. Auer lehnte ab und schickte sie stattdessen nach Oberschlesien, wo sie im Juni mehrere Male als Rednerin auftrat. Im November 1899 führte sie ein Gespräch mit Mitgliedern des Parteivorstands, an dem auch Auer teilnahm. Sie fragte nach der „polnischen Agitation in Westfalen“⁴ und sagte ihnen, dass sie ihre „Dienste anbiete“⁵ allerdings erneut vergeblich. Wenngleich sich also Rosa Luxemburgs Absicht zerschlug, Agitationsreisen durch das Ruhrgebiet zu unternehmen, um polnischstämmige Arbeiter für die SPD zu gewinnen, trat sie in den folgenden Jahren dennoch etliche Male auch im Ruhrgebiet und in angrenzenden Städten auf, zum ersten Mal möglicherweise im Spätherbst 1900 in Bochum, wohin sie eingeladen worden war, wie sie am 21. September 1900 Leo Jogiches mitteilte.⁶ Ob diese Einladung verwirklicht wurde, ist biografisch bisher nicht bekannt. Im September 1905 hielt sie sich in Essen auf, wo sie „binnen drei Tagen

1 Der Beitrag beruht auf einem Aufsatz, mit dem 1985 bzw. 1987 die in der Biographie bis dahin unbekanntete Teilnahme Rosa Luxemburgs an einer Wahlrechtsdemonstration der SPD am 10. April 1910 in der westfälischen Bergarbeiterstadt Kamen nachgewiesen wurde. Vgl. Rosa Luxemburg sprach vor 75 Jahren in Kamen, in: Hellweger Anzeiger, Unna, und WAZ, Essen, beide Male Lokalausgabe Kamen, 2. März 1985; Horst Hensel: Rosa Luxemburg und die Wahlrechtsdemonstration der SPD vom 10. April 1910 in Kamen, in: Klaus Goehrke u. a. (Hg.): Frag doch Strelinski, Bönen 1985, S. 135–143 (Zweitdruck mit wiss. Apparat in: BzG, 1987, Heft 2, S. 243–245). Der ursprüngliche Text wurde erweitert, überarbeitet und um einige Bemerkungen zum nachmaligen Vorsitzenden des vereinigten „Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands“ Fritz Husemann sowie um ein „Desiderat“ ergänzt.

2 Hier und im Folgenden wird aus der bisher am umfassendsten und sorgfältigsten edierten Ausgabe ihrer Briefe zitiert: GB, Bd. 1, S. 128 und Fußnote 62. Zu Ignaz Auer siehe ebd., S. 656 (Personenverzeichnis).

3 Ebd., S. 133.

4 Ebd., S. 398.

5 Ebd.

6 Ebd., S. 504.

sechs Versammlungen hatte, davon drei Großveranstaltungen (je 2.000–3.000), drei für Bebel, der erkrankt ist, drei für mich“.⁷ Es ging bei diesen Auftritten um parteipolitische Propaganda zu Stichwahlen zum Reichstag. Im Frühjahr 1910 beteiligte sie sich als Rednerin in zahlreichen deutschen Städten an der Wahlrechtskampagne der SPD, wobei ihr für den April auch Auftritte in Ruhrgebietsstädten angeboten wurden, zumindest für „Dortmund, Bochum, Herne“,⁸ wie sie im März brieflich Leo Jogiches mitteilte. Vom 9. bis 16. April wohnte sie in Dortmund bei dem Redakteur der dortigen „Arbeiter-Zeitung“ Konrad Haenisch, wo sie ihr „Hauptquartier aufgeschlagen“ hatte.⁹ Einige Monate später, am 1. Oktober 1910, sprach sie in Hagen „in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum Thema ‚Der politische Massenstreik und die Gewerkschaften‘“.¹⁰ Knapp ein Jahr später fand im September 1911 in Jena ein Parteitag der SPD statt, an dem Rosa Luxemburg „als Delegierte des Wahlkreises Hagen-Schwelm“ teilnahm.¹¹ „Trotz des Mandats aus Hagen [war sie allerdings nicht bereit], auf ein Mandat aus Remscheid“¹² zu verzichten, wie sie dem Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“ Wilhelm Dittmann schrieb.¹³ Von den Frauen des Wahlkreises Hagen-Schwelm wurde sie sogar mit einem Mandat zur 6. Frauenkonferenz der SPD ausgestattet,¹⁴ die im September 1911 in Jena im Zusammenhang mit dem Parteitag stattfand. Ironisch schrieb sie dazu Ende Juli 1911 an Clara Zetkin: „Denke dir, ich bin weiblich geworden. Die Hagener haben mir auch ein Mandat zur Frauenkonferenz gegeben, ich muss also hin, wenn ich auch nicht weiß, was ich dort reden soll.“¹⁵ Mit einem weiteren Aufenthalt in Hagen im Januar 1912 scheinen die Reisen Rosa Luxemburgs ins Ruhrgebiet bzw. in angrenzende Städte beendet worden zu sein. Ihre Rede in Hagen galt der „Vorbereitung der Reichstagswahlen am 12. Januar 1912“.¹⁶

Zum Beitrag Rosa Luxemburgs an der Wahlrechtskampagne der SPD 1910

Von Januar bis April 1910 organisierte die SPD ihre zweite große Kampagne gegen das (preußische) Dreiklassen-Wahlrecht, das die Wahlbürger nach Einkommen und Vermögen klassifizierte. „Von den stimmberechtigten Urwählern in Preußen gehörten 1908 3,8 Prozent in die erste, 13,9 Prozent in die zweite und 82,3 Prozent in die dritte Wahlklasse.“¹⁷ Jede Wahlklasse hatte dasselbe Stimmengewicht. Dieses Wahlrecht sicherte die parlamentarische

7 GB, Bd. 2, S. 175.

8 GB, Bd. 3, S. 129.

9 Ebd., S. 136.

10 Ebd., S. 234, Fußnote 528.

11 GB, Bd. 4, S. 93, Fußnote 343.

12 Ebd., S. 93.

13 Zu Wilhelm Dittmann siehe ebd., S. 368 (Personenverzeichnis).

14 Ebd., S. 95, Fußnote 354.

15 Ebd., S. 95.

16 Ebd., S. 130, Fußnote 518.

17 Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1969, Bd. 1, S. 502.

Mehrheit des Adels und des Großbürgertums. Dazu trug auch der Wahlmodus bei: Die Wahlen fanden grundsätzlich an Werktagen statt. Frauen hatten kein Wahlrecht.

Sowohl die politischen Interessen der Arbeiterschaft als auch die des kleinen und mittleren Bürgertums vertrugen sich nicht mit dem Dreiklassen-Wahlrecht. Von daher ergaben sich Ansätze zu einer gemeinsamen Politik. Deshalb traten auf zahlreichen Veranstaltungen der SPD neben Sozialdemokraten auch Politiker anderer Parteien bzw. Persönlichkeiten anderer politischer Anschauungen auf. Hierbei ist besonders die „Demokratische Vereinigung“ (DV) zu nennen.

Die DV bestand von 1908 bis 1918. Die soziale Basis der Partei bildeten Kleinbürger, Intellektuelle, Lehrer und Arbeiter unter bürgerlichem Einfluss, außerdem die „liberale und demokratische Richtung der bürgerlichen Frauenbewegung“.¹⁸ Bis 1912 war Rudolf Breitscheid ihr Vorsitzender, von 1912 bis 1918 Hellmut von Gerlach. „Als einzige bürgerliche Partei vor 1918 trat sie für die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau ein.“¹⁹ „Es entsprach dieser radikal-demokratischen Tendenz, dass auch Kampfformen wie Massen- oder Generalstreik zur Durchsetzung demokratischer Ziele befürwortet wurden.“²⁰ Mit dieser Auffassung stand die DV der Position Rosa Luxemburgs nahe.

Nicht zuletzt um die Wahlrechtskampagne zu unterlaufen, legte die preußische Regierung am 4. Februar 1910 einen Gesetzentwurf vor, der einige Änderungen eher kosmetischer Natur am geltenden Wahlrecht vorsah: zum Beispiel die direkte Wahl und den Aufstieg von sogenannten Kulturträgern in eine höhere Wahlklasse. Damit waren unter anderem aktive Offiziere gemeint, Abgeordnete nach mindestens zehn Parlamentsjahren und Akademiker zehn Jahre nach ihrer Abschlussprüfung.²¹ Dieser Gesetzentwurf konnte das Wahlrecht nicht demokratisieren. Die SPD führte ihre Kampagne fort. Die Partei hatte damals 720.038 Mitglieder, darunter 82.642 Frauen.²² Die Polizei schritt oft gewaltsam gegen die Demonstrationen und Kundgebungen ein. Es wurde den Arbeitern verboten, auf die Straße zu gehen. Der Berliner Polizeipräsident von Jagow ließ im Februar bekannt machen: „Die Straße dient lediglich dem Verkehr. Bei Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt Waffengebrauch. Ich warne Neugierige.“²³ Die SPD ignorierte das Verbot, indem sie beispielsweise „Wahlrechtsspaziergänge“ veranstaltete. Auf diese Weise erzwang sie schließlich die Genehmigung zu Straßendemonstrationen.

Zur Vorbereitung einer Agitationsreise fragte Rosa Luxemburg Mitte März 1910 brieflich Konrad Haenisch, ob er wünsche, dass sie auch in Dortmund auftrete.²⁴ Haenisch muss ihr

18 Demokratische Vereinigung (DV) 1908–1918, in: Dieter Fricke u. a.: Lexikon zur Parteiengeschichte, Köln 1983, Bd. 1, S. 496–503, hier: S. 497–498.

19 Ebd., S. 498.

20 Ebd., S. 501.

21 Franz Osterroth/Dieter Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 132; Sachwörterbuch, Bd. 2, S. 771.

22 Osterroth/Schuster, S. 134.

23 Sachwörterbuch, Bd. 2, S. 771.

24 GB, Bd. 3, S. 127.

daraufhin u. a. den Kamener Auftritt vermittelt und angeboten haben – welcher Ortsname übrigens in den Registern ihrer Werke und Briefe nicht verzeichnet ist –, denn sie antwortete ihm am 22. März: „Ich nehme an für 10. (Sonntag!), 11. und 12., also drei Versammlungen, Ihrem Wunsch entsprechend.“²⁵ Am 25. März schrieb sie an Leo Jogiches, dass sie „ungeheuer beschäftigt [sei, denn sie müsse] ein wichtiges Referat vorbereiten, mit dem ich vom 3. bis zum 18. [April] auf zwölf Versammlungen auftreten werde“ (u. a. auch im Ruhrgebiet).²⁶

Mit ihren Reden orientierte Rosa Luxemburg auf den politischen Massenstreik zur Durchsetzung politischer Forderungen – dies aufgrund von Erfahrungen aus der ersten Wahlrechtskampagne von 1905/06, welche sie verallgemeinert hatte in ihrer Broschüre „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“.²⁷ Ihre zahlreichen Gegner in der SPD und in den Gewerkschaften wollten davon nichts wissen und stellten parlamentarische Aktivitäten in den Vordergrund. Dazu schrieb sie in dem schon erwähnten Brief vom 25. März an Leo Jogiches, dass der Parteivorstand ihr aufgrund ihrer Schriften und Äußerungen bezüglich des Massenstreiks „eine Aktion des Vorstands [angedroht habe]; zugleich sandten sie vertraulich einen Wink an die Presse, dass über den Massenstreik nicht diskutiert werden darf. Die besseren Organe werden sich jedoch nicht daran halten.“²⁸

Am 8. April kam sie aus Kiel in Hamburg an, wo sie mehrere Stunden auf den Zug nach Dortmund warten musste und aus der Redaktion des „Hamburger Echos“²⁹ an Kostja Zetkin schrieb, dass man ihr für Sonntag, den 10. April inzwischen „zwei Versammlungen unter freiem Himmel eingerichtet [habe] – Vormittag und Nachmittag!³⁰ Eine schöne Überraschung. Hauptsächlich habe ich Sorge, ob ich überhaupt ausreiche, denn es sollen große Massen versammelt sein.“³¹

Mit ihrer Vermutung bzgl. der „Massen“ sollte sie Recht behalten: Sonntag, der 10. April, war der Höhepunkt der Wahlrechtskampagne. Allein in Berlin demonstrierten rund 250.000 Arbeiter.³² In zahlreichen Städten Deutschlands fanden Kundgebungen statt, mitunter erst nach langwierigen Auseinandersetzungen mit der „Obrigkeit“. In Dortmund bei-

25 Ebd., S. 128.

26 Ebd., S. 129.

27 GW, Bd. 2, S. 91–187.

28 GB, Bd. 3, S. 129.

29 Ebd., S. 135.

30 Wahrscheinlich hatte sich unter den in dem Brief vom 22. März an Haenisch angenommenen Veranstaltungen die für Kamen befunden. Rosa Luxemburgs Klage an Kostja Zetkin, sie habe am 10. nunmehr zwei Veranstaltungen, muss sich bzgl. der zweiten Veranstaltung auf den Vormittag als Ad-hoc-Termin bezogen haben, denn die Kamener Kundgebung war von Anfang an für den Nachmittag geplant gewesen. Die Vormittagsveranstaltung konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise hat sie auch gar nicht stattgefunden bzw. nicht mit ihr, denn in der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“, die sehr detailliert über die Veranstaltungen zur Wahlrechtskampagne berichtete, findet sich kein Hinweis auf eine solche Veranstaltung mit Rosa Luxemburg. Allerdings fand am Sonntag, dem 10. April, am Vormittag von 10 bis 11 Uhr eine Wahlrechtsdemonstration in der Essener Innenstadt statt. Hatte Rosa Luxemburg dort reden sollen? Vgl. Arbeiter-Zeitung, Dortmund, 11. und 12. April 1910.

31 GB, Bd. 3, S. 134.

32 Osterroth/Schuster, S. 133.

spielsweise war noch am Vorabend des 10. April eine große Veranstaltung mit Karl Liebknecht verboten worden. Die zuständigen SPD-Gremien hatten jedoch sofort beim Regierungspräsidenten in Arnsberg, beim Oberpräsidenten in Münster und beim Innenminister in Berlin Beschwerde eingelegt.³³ Die Veranstaltung wurde schließlich genehmigt und fand planmäßig am Sonntagnachmittag vor rund 40.000 Zuhörern statt.³⁴ Am Nachmittag desselben Tages trat Rosa Luxemburg in Kamen auf. Die dort versammelten Arbeiter konnten also am wichtigsten Tag der Wahlrechtskampagne die radikalste und vorwärtsdrängendste Rednerin der gesamten Kampagne hören: Rosa Luxemburg.

Rosa Luxemburgs Teilnahme an der Wahlrechtsdemonstration der SPD am 10. April 1910³⁵ in Kamen

Kamen ist eine Stadt am östlichen Rand des Ruhrgebiets. In den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts war dort von der Zeche „Monopol“ die Kohleförderung aufgenommen worden und seitdem hatte sich Kamen von einem Ackerbürgerstädtchen zu einer Bergarbeiterstadt entwickelt. Die Volkszählung von 1910 notierte 10.754 Einwohner.³⁶ Davon waren bei den letzten Wahlen vor der Wahlrechtskampagne, nämlich bei den Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung am 15., 16. und 18. November 1909 lediglich 1.929 Einwohner wahlberechtigt gewesen, und zwar zwei in der ersten, 198 in der zweiten und 1.729 in der dritten Wahlklasse.³⁷ Gegen die Durchführung der Wahl waren Einsprüche erhoben worden, auch von sozialdemokratischer Seite, u. a. gegen die Zurückweisung von Arbeiter-Wählern noch im Wahllokal.³⁸

Von Februar bis April 1910 nahm die Wahlkreisorganisation Hamm-Soest der SPD mit drei Massendemonstrationen an der Kampagne gegen das Dreiklassenwahlrecht teil. Die erste Kundgebung fand am 13. Februar in Unna statt,³⁹ die zweite am 6. März in Hamm.⁴⁰ Hauptredner beider Demonstrationen war Fritz Husemann, Sekretär des „Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands“ und Reichstagskandidat der SPD für den Wahlkreis Hamm-Soest.

Wie die Behörden in anderen Städten, so hatte auch die Polizeiverwaltung in Kamen vor, es nicht zu einer Wahlrechtsdemonstration kommen zu lassen. Die Kamener Polizeiverwaltung

33 Vgl. den großen Bericht auf der Titelseite der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ vom 9. April 1910. Die Veranstaltung selbst war in dieser Zeitung am 6. April 1910 angekündigt worden. Als Mitveranstalter waren die „Demokratische Vereinigung“ und der „Bund für Frauenstimmrecht“ genannt worden.

34 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 11. April 1910.

35 Peter Nettl gibt als Aufenthaltsort für den 10. April 1910 Frankfurt am Main an. Das von Nettl angeführte Referat über den Wahlrechtskampf hielt Rosa Luxemburg dort aber erst am 17. April. Vgl. zum 10. April Peter Nettl: Rosa Luxemburg, Köln/Berlin 1968, S. 404 und zum 17. April GW, Bd. 2, S. 305.

36 Vgl. Stadtarchiv Kamen, Nr. 1293.

37 Vgl. ebd., Nr. 1046.

38 Vgl. ebd.

39 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 14. Februar 1910.

40 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 9. März 1910.

schrieb am 4. April an den Landrat in Hamm: „Zuverlässigen Nachrichten zufolge beabsichtigt die hiesige Sozialdemokratie am nächsten Sonntag hier auf einer in der Stadtmitte gelegenen eingefriedeten Weide eine Massenversammlung zu veranstalten, ähnlich wie sie bereits in Unna und Hamm unbeanstandet stattgefunden hat. Wir werden, falls dortseitig nichts anderes bestimmt wird, die Veranstaltung auf Grund der Verfügung Euer Hochwohlgeboren vom 23. Februar ds. Js. – Geh. Nr. 6 – untersagen.“⁴¹

Von einer Bestätigung des Verbotsvorhabens und einer entsprechenden politischen Auseinandersetzung ist nichts bekannt. Die SPD warb parteiintern und mit Anzeigen in der lokalen und regionalen bürgerlichen Presse sowie in der „Arbeiter-Zeitung“ für die Demonstration am 10. April. Das amtliche Kreisblatt für den Kreis Hamm, der vergleichsweise liberale „Westfälische Anzeiger“, hatte abgelehnt, ein Inserat zu veröffentlichen, wahrscheinlich, wie die Partei mutmaßte, „auf einen Wink von oben“.⁴² Die „Kamener Zeitung“ teilte ihren Lesern einen Tag vor der Kundgebung mit, dass sich nach einer Wahlrechtsdemonstration mit Rosa Luxemburg am 6. April in Bremen ein Demonstrationszug formiert habe, der von der Polizei gestört worden sei. In Kamen aber, hieß es in einer anderen Notiz dieser Zeitung, habe die SPD „von Umzügen (...) von vornherein abgesehen“.⁴³ Die Anzeige in der „Arbeiter-Zeitung“ erschien am 8. April:

„Sozialdemokratischer Wahlverein Hamm-Soest. Sonntag, den 10. April 1910, nachmittags 4 Uhr Große Wahlrechts-Versammlung unter freiem Himmel in Kamen auf dem Weidekamp des Herrn Koepe an der Kämerstraße. Als Referenten werden erscheinen: Genossin Rosa Luxemburg – Berlin, der Reichstagskandidat Genosse Husemann – Bochum von der Sozialdemokratischen Partei und Herr Rechtsanwalt Dr. Cohn – Dortmund von der Demokratischen Vereinigung. Tagesordnung: Die letzte Kundgebung des Volkes vor der Entscheidung zur Wahlrechtsvorlage. Die Parole aller Wahlrechtsfreunde lautet für Sonntag: ‚Auf zur Massenversammlung in Kamen!‘ Es gilt nochmals zu Tausenden Protest einzulegen gegen die Wahlrechtsschmach. Hoch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht! Der Einberufer.“

Fritz Husemann, mit Rosa Luxemburg der zweite sozialdemokratische Redner der Veranstaltung, war zur Zeit der Kamener Wahlrechtsdemonstration Vorsitzender des sozialdemokratischen „Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands“ für den Kreis Bochum und Reichstagskandidat für den Wahlkreis Hamm-Soest. Er war ein Repräsentant des rechten Flügels der SPD und von daher ein Antipode Rosa Luxemburgs. Franz Osterroth, zeitweilig Jugendsekretär der Bergarbeitergewerkschaft, urteilte 1935 aus der Rückschau bezüglich der politischen Haltung Husemanns im Ersten Weltkrieg: „Er war ein naiver Patriot, der in Augenblicken nationaler Ergriffenheit (...) bereit war, [selbst] über die Arbeiterbewegung und ihre

41 Staatsarchiv Münster, Kreis Unna, Landratsamt, Nr. 794, Bl. 48. Diese Quelle sowie die der Fußnote 56 wurde von Andreas Müller, Dortmund, recherchiert.

42 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 2. April 1910.

43 Vgl. Kamener Zeitung, Kamen, 9. April 1910. Auch in Unna und Hamm hatten keine Umzüge stattgefunden (vgl. die Berichte der „Arbeiter-Zeitung“ vom 14. Februar und 9. März 1910).

Interessen hinwegzugehen.“⁴⁴ Mit Rosa Luxemburg, Friedrich Cohn und Fritz Husemann hatte somit die Kamener SPD Vertreter der drei wichtigsten Positionen und Strömungen der Wahlrechtskampagne eingeladen.

Zu der Kundgebung hatten sich einige tausend Menschen versammelt. Die Angaben reichen von 2.000 der bürgerlichen Kamener „Märkischen Zeitung“ bis zu 6.000–7.000 der „Arbeiter-Zeitung“.⁴⁵ Da für Veranstaltungen unter freiem Himmel das Wetter wichtig ist, sei ein Blick darauf geworfen: Es wurde ein „Frühlingshauch“⁴⁶ verspürt. Kurz nach 16 Uhr 30 wurde die Kundgebung von dem Sozialdemokraten Jerrentrup als Vorsitzendem eröffnet. Er, Rosa Luxemburg und die anderen Redner standen dabei auf einem Leiterwagen, um besser gesehen und gehört zu werden.⁴⁷ Jerrentrup forderte alle auf, die erste Strophe der preußischen Wahlrechtsmarseillaise zu singen. Danach sprach Rosa Luxemburg. Sie wurde mit Hoch-Rufen empfangen.

„Die Rednerin ging zunächst auf die Schwierigkeiten ein, die man bisher unseren Demonstrationen polizeilicherseits machte, und feierte die neueste Schwenkung des Polizeikurses als den ersten Sieg im Wahlrechtskampfe. Nachdem wir so unsere Gegner gezwungen hätten, uns unser Recht auf die Straße zu geben, gelte für uns jetzt das Wort des Kaisers, das er anlässlich der großen Flottenbewilligung prägte: ‚Nun aber weiter!‘ Heute haben wir das Recht auf die Straße errungen, und morgen werden wir auf der Straße das freie Wahlrecht erringen. Mit vollem Bewusstsein, so fuhr die Genossin fort, sage ich das, denn in den Händen der Millionen Proletarier liegt die Entwicklung der preußischen politischen Verhältnisse. Mag die Schandvorlage angenommen werden, das schert uns nichts, auf der Straße werden wir das wirklich freie Wahlrecht erringen. Die Geschichte lehrt, daß noch immer die großen Ereignisse auf der Straße ihren Ursprung nahmen. Am 18. März 1848 war es, wo das Volk von Berlin auf die Barrikaden stieg und mit den Truppen kämpfte um sein Recht. Am 19. März früh wurden die Truppen zurückgezogen, das Volk hatte gesiegt. Es nahm seine Toten, trug sie vor das Schloss und zwang den König Friedrich Wilhelm IV., seinen Hut vor ihnen zu ziehen. Derselbe König, der noch vor kurzem den Ausspruch getan: ‚Zwischen mir und meinem Volke soll kein Blatt Papier kommen!‘ wurde nun gezwungen, dieses Blatt Papier dem Volke vor die Füße zu legen, und auf diesem Blatt stand das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Aber damals hat die Bourgeoisie das Volk feige verraten. Heute sind wir wieder dahin gekommen, das 1848 begonnene Werk, das freie Wahlrecht, auf der Straße zu erringen. Aber

44 Franz Osterroth: Fritz Husemann ermordet, in: Neuer Vorwärts. Sozialdemokratisches Wochenblatt, Karlsbad, 25. April 1935, abgedruckt in: Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945, Dortmund 1981, 2. Aufl., S. 110. Siehe zu Husemann auch Fritz Husemann, in: Wilhelm Schulte: Westfälische Köpfe, Münster 1963, S. 136–137 sowie Horst Hensel: Fritz Husemann, in: ders./Heinrich Peuckmann: Heimat ist dort, wo du dein Geld verdienst. Geschichten aus der Geschichte des Ruhrgebiets, Dortmund 1986, S. 85–100.

45 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 11. und 12. April 1910.

46 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 12. April 1910.

47 So eine telefonische Auskunft von Frau Wilhelmine Weitkamp, Kamen, vom 14. Januar 1985: Ihre verstorbenen Eltern seien Teilnehmer der Kundgebung gewesen. Rosa Luxemburg und andere hätten während der Veranstaltung auf einem Leiterwagen gestanden. Dies geht auch aus den Satzsätzen der Rede Rosa Luxemburgs hervor. (Frau Weitkamp gab den Anstoß zu der vorliegenden Untersuchung.)

heute brauchen wir keine Barrikaden mehr. Heute ist das Proletariat die größte Macht des Staates. Unsere Aufgabe ist es, diese Macht zu benutzen. Wenn einmal die Stunde geschlagen, wo die Riesenarmee der Proletarier die Arme schränkt und spricht: ‚Nun seht zu, wie ihr auskommt ohne unsere Arbeit‘, dann wird sich zeigen, dass der Staat wohl existieren kann ohne Junker, ohne nationalliberale Scharfmacher, ohne Minister und ohne Schutzleute, aber nicht 24 Stunden ohne Arbeiter. Wir haben bisher noch alle Feinde besiegt. Denken wir nur an das Sozialistengesetz. 12 Jahre hat es gedauert, dann lag es samt seinem Urheber Bismarck zerschmettert am Boden. Es gibt keine Macht der Finsternis, die uns in unserm Siegeslauf aufhalten kann. Parteigenossen, wo wir heute unsern ersten Sieg feiern, sollen wir dessen eingedenk sein. So wie wir heute hier auf dem Wagen stehen und zu Ihnen sprechen, so werden Sie, wird das Volk in seinem Kampfe um Recht und Gerechtigkeit auf seinem Siegeswagen stehen, und seine Feinde werden zerschmettert unterm Wagen liegen. Darum, das allgemeine, freie, gleiche und direkte Wahlrecht hoch, hoch, hoch!⁴⁸

Nach Rosa Luxemburg kamen die Vertreter der „Demokratischen Vereinigung“ an die Reihe. Der Vorsitz wechselte von Jerrentrup auf Nestriepke über, den Sekretär der DV. Nestriepke wies darauf hin, dass auch das Bürgertum unter dem undemokratischen Wahlrecht leide, die meisten Bürger aber noch nicht erkannt hätten, dass ihr „Platz an der Seite des arbeitenden Volkes sei“.⁴⁹ Die anschließende Rede Rechtsanwalt Cohns galt dem Dreiklassenwahlrecht als junkerpolitischer und juristischer Konstruktion. Auch er brachte ein Hoch auf das freie Wahlrecht aus. Danach ging der Vorsitz wieder auf Jerrentrup über, der Fritz Husemann ankündigte. Husemann sprach „besonders mit Bezug auf das Wahlrecht über die Steuerleistungen des Arbeiters“,⁵⁰ wie die magere Notiz der „Arbeiter-Zeitung“ über seinen Redebeitrag lautete. Sein sozialpolitisches Thema – bei dem sich wohl Neigung und Veranstaltungsplan entgegenkamen – war offensichtlich wenig geeignet, aufwühlend zu wirken. Außerdem war Husemann kein großer Redner, wenn auch seine „zugleich raue und helle Stimme“⁵¹ Wärme und Ehrlichkeit vermittelt habe. Nach seinem Hoch auf das freie Wahlrecht erhielt er – wie vor ihm Rosa Luxemburg und Cohn – „reichen Beifall“.⁵² Anschließend nahm Jerrentrup wieder das Wort. Er stellte eine der nach solchen Kundgebungen üblichen Resolutionen zur Abstimmung, in der es u.a. hieß: „Die heute in ganz Preußen erzwungene polizeiliche Genehmigung zu den öffentlichen Demonstrationsversammlungen bedeutet den ersten großen Sieg der Wahlrechtsbewegung. Die Versammelten geloben, auf diesem Wege weiter zu schreiten und nicht zu wanken und zu weichen, bis den Forderungen der um Kultur und Recht kämpfenden Volksmassen volle Gerechtigkeit wiederfahren ist (...) Die Versammelten verwerfen das Wahlrechtsmachwerk der konservativ-klerikalen Dreiklassenhausmehrheit ebenso entschieden wie die Regierungsvorlage und versprechen, mit allen

48 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 12. April 1910. Einige Passagen dieser Rede tauchen wieder auf in dem umfangreichen Referat „Der preußische Wahlrechtskampf und seine Lehren“, das Rosa Luxemburg am 17. April 1910 in Frankfurt am Main hielt. Vgl. GW, Bd. 2, S. 305–333, hier: S. 315 f.

49 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 12. April 1910.

50 Vgl. ebd.

51 Schulte, S. 136.

52 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 12. April 1910.

Kräften dahin zu wirken, dass nicht eher Ruhe in Preußen eintritt, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts auch in Preußen erreicht ist.“⁵³

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem Jerrentrup darum gebeten hatte, „nicht in geschlossenem Zuge durch die Straßen der guten Stadt Kamen [zu] ziehen (...), damit die Spießbürger nicht einen zu großen Schrecken bekämen“,⁵⁴ sang man die dritte Strophe der Audorff'schen Arbeitermarseillaise. Damit war die Kamener Wahlrechtsdemonstration beendet. Die Presse, vor allem die „Arbeiter-Zeitung“, betonte, dass die Versammlung ruhig und diszipliniert verlaufen sei. Außer zwei Überwachenden war kein Polizist gesehen worden. Betont wurde auch, dass viele Frauen anwesend gewesen seien, dazu „bürgerliche Wahlrechtsfreunde“ und „christlich organisierte Arbeiter“.⁵⁵ Die Kamener Polizei resümierte später, dass während der Wochen der Wahlrechtskampagne in den lokalen Organisationen der SPD „ein reges Leben [geherrscht habe], um nicht nur die eigenen Genossen, sondern auch das Bürgertum zur Stellungnahme gegen die Regierungsvorlage zu bewegen“.⁵⁶ Die bürgerlichen Kamener Zeitungen berichteten wenig über die Kundgebung. Nach Schluss der Veranstaltung fuhr Rosa Luxemburg nach Dortmund, wo sie am Dienstagabend (12. April) im Gewerkschaftshaus ihr Referat über „Die Lehren der Wahlrechtskampagne“ hielt.⁵⁷

Mit dem 10. April hatte die Wahlrechtskampagne nicht nur ihren Höhepunkt, sondern auch „ihr Ende [erreicht], da die Partei sich bereits Anfang März mit der Generalkommission [der Gewerkschaften darüber] verständigt hatte, die Wahlrechtsdemonstrationen nicht durch Demonstrationstreiks zu verstärken und weiterzuführen“.⁵⁸ Das war zweifellos eine parteipolitische Niederlage für Rosa Luxemburg und ihre Anhänger und andererseits ein Sieg desjenigen Parteiflügels, dem Fritz Husemann angehörte. In gewisser Weise hatten sich hier politische Theorie und politische Alltagspraxis gegenübergestanden, revolutionärer Anspruch und reformerische Praxis, strategische Unbedingtheit und taktische Übervorsicht. Zugleich war deutlich geworden, welchen Keimen die spätere Teilung der Arbeiterbewegung in eine kommunistische und eine sozialdemokratische entspross. Es gehört zur Tragik dieser Teilung, dass sowohl Rosa Luxemburg vom linken als auch Fritz Husemann vom rechten Flügel der Bewegung von den gleichen politischen Kräften ermordet wurden: Rosa Luxemburg 1919 von Soldaten und Offizieren der Reichswehr, Fritz Husemann 1935 im KZ Esterwegen. Am 27. Mai zog die preußische Regierung den Gesetzentwurf vom 4. Februar zu-

53 Vgl. ebd.

54 Vgl. ebd.

55 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 11. April 1910.

56 Staatsarchiv Münster, Kreis Unna, Landratsamt, Nr. 794, Bl. 81.

57 Vgl. Arbeiter-Zeitung, 14. April 1910. Rosa Luxemburgs Kamener Aufenthalt ist auch literarisch verarbeitet worden: Horst Hensel: April und Rosa, in: ders./Peuckmann, S. 53–70. Darüber hinaus sei auf einen Roman des Verfassers über Rosa Luxemburg verwiesen: Die Sehnsucht der Rosa Luxemburg, Köln 1987, 2. Aufl. 1988. Siehe im Zusammenhang mit dem vorliegenden Thema vom selben Verfasser auch das Hörspiel „Tod und Aufstieg des Bergarbeiterführers Fritz Husemann“ (Westdeutscher Rundfunk, Köln, 28. September 1987, Regie: Burkhard Abt).

58 Osterroth/Schuster, S. 133.

rück. Das Dreiklassen-Wahlrecht blieb unverändert bis zur Novemberrevolution 1918/19 in Kraft.

Desiderat

Rosa Luxemburgs Reisen in das Ruhrgebiet und angrenzende Industriestädte und ihre Aufenthalte dort sind in diesem Aufsatz nur cursorisch aus der Quelle ihrer Briefe heraus aufgeführt worden. Im Detail harren sie noch der lokalhistorischen bzw. biografischen Quellenforschung, darunter der Klärung der Frage, ob Rosa Luxemburg tatsächlich im Jahr 1900 in Bochum zum ersten Mal im Ruhrgebiet aufgetreten war. Dieser Begriff erscheint in den Registern ihrer Werke und Briefe nur ein einziges Mal, er wurde dabei aber nicht von Rosa Luxemburg selbst, sondern von den Herausgebern ihrer Briefe in einer Fußnote verwendet.⁵⁹ Allerdings tauchen die Begriffe „Rheinland“, „Rheinland-Westfalen“ und „Westfalen“ häufiger auf und wurden teilweise als Synonym für „Ruhrgebiet“ bzw. verschiedene Städte dort gebraucht, hierbei besonders der Begriff „Westfalen“. In den fünf Bänden ihrer Werke findet sich jedoch kein Aufsatz oder gar eine Broschüre, die speziell das Ruhrgebiet als Konglomerat von Industriestädten mit einer vorwiegend im Montanbereich beschäftigten Arbeiterschaft und ihren Problemen bzw. die Parteiarbeit dort aufgreift, also zur Politischen Ökonomie und Politik dieser Region einen Beitrag leistet. Auf die bisher bekannten „Beziehungen“ zwischen Rosa Luxemburg und dem so verstandenen Komplex „Ruhrgebiet“ scheint punktuell und bei Gelegenheit eingegangen worden zu sein: Sie war eingeladen worden, in Städten dieser Region aufzutreten und war diesen Einladungen gefolgt. In Hagen war sie mit Mandaten versehen worden. Des öfteren erwähnte sie in ihren Briefen die Elberfelder „Freie Presse“, die „Bergische Arbeiterstimme“ aus Solingen und die „Arbeiter-Zeitung“ aus Dortmund, die Artikel von ihr druckten, in Auseinandersetzungen oft auf ihrer Seite standen, ebenso wie örtliche Parteigliederungen dies taten. Auch scheint sie mit den Redakteuren Wilhelm Dittmann aus Solingen und Konrad Haenisch aus Dortmund bei all ihrer Kritiklust gut ausgekommen zu sein – was deutlich wird, wenn man ihre Briefe durchsieht. Ob sich aus all dem eine besondere Beziehung Rosa Luxemburgs zum größten deutschen Industrieviertel und dessen Arbeiterschaft bzw. der regionalen SPD konstruieren lässt, ist fraglich – mit Ausnahme des fehlgeschlagenen Versuchs, unter den polnischstämmigen Arbeitern dort zu agitieren. Ein Blick auf die Themen ihrer Vorträge im Ruhrgebiet zeigt, dass es welche waren, die sie überall in Deutschland hätte halten können und auch gehalten hat. Zwar muss die bisher ausgebliebene lokalhistorische und biografische Quellenforschung das letzte Wort sprechen, aber bis dahin sei hypothetisch formuliert, dass es keine besonders herausgehobene Beziehung Rosa Luxemburgs zum Ruhrgebiet, dessen Arbeiterschaft und der regionalen Partei gab. In Anbetracht der Bedeutung dessen, was unter „Ruhrgebiet“ als Gegenstand sozialistischer Theorie und Politik mitgedacht werden kann, war ihre Beziehung dazu vergleichsweise beliebig, sogar schwach – was übrigens unter der obigen Fragestellung auch durch die Untersuchung ihres Aufenthaltes in Kamen am 10. April 1910 deutlich wird.

⁵⁹ GB, Bd. 4, S. 184, Fußnote 162.